



DAS BERATERHAUS WÜNSCHT FRÖHLICHE WEIHNACHTEN UND EIN GUTES NEUES JAHR

Artikel

Abnehmende Rohstoffsicherheit in der Textilindustrie

Der Aspekt *Rohstoffsicherheit* stellt deutsche Unternehmer der Textilindustrie vor große strategische Herausforderungen. Börsenspekulationen mit Baumwolle sowie die Exportrestriktionen klassischer Baumwollerzeuger wie Indien und Pakistan treiben gemeinsam mit der wachsenden Nachfrage in China den Baumwollpreis im Oktober 2010 im Vergleich zum Vorjahresmonat um über 45 Prozent in die Höhe. Damit stellt sich - unabhängig von der Lohnkostensituation - für deutsche Textilproduzenten die Frage, ob die textile Produktion am Standort in Deutschland langfristig unter diesen Bedingungen überhaupt noch gesichert werden kann.

Bei einer weiteren derartigen Entwicklung wäre möglicherweise auch die bisher erfolgreiche und dauerhafte Besetzung von Zukunfts- und Nischenmärkten - wie Luftfahrt-, Automobil-, Bau- und Gesundheitsindustrie - mit technischen Textilien aus Deutschland gefährdet.

Mit Blick auf Forschung und Entwicklung sind enge Kooperations- und Kommunikationsbeziehungen zwischen Garnlieferanten und Verwendern am Standort eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit der gesamten Industrie.

Der Weltmarktanteil der westeuropäischen Chemiefasern ist aber von 11 % in 1999 auf 5 % in 2009 zurück gegangen. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Entwicklung neuer Garnkonstruktionen sich unmittelbar an den technischen und qualitativen Ansprüchen der Verwender orientiert.

Die abnehmende Rohstoffsicherheit übt neben den Lohnkosten einen weiteren Wanderungsdruck auf die mittelständischen Unternehmen aus, ihre Produktionsbasis mehr und mehr in das Ausland zu verlagern, und zwar in Länder, die für eine gesicherte Rohstoffversorgung günstigere Voraussetzungen aufweisen.

Gleichzeitig erleben Textilunternehmen eine Verkürzung von Vorlaufzeiten von Kundenbestellungen, so dass mit weiter wachsender Internationalisierung auch die Anforderungen an die Abwicklungslogistik sprunghaft steigen.

Die richtigen Antworten auf diese strategischen Herausforderungen sind für die Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung. So kann z. B. der Aufbau eines geeigneten Beschaffungscontrollings historisch gewachsene Beschaffungsprozesse leistungsfähig unterstützen. Auch die Prozesse selber können durch eine zielgerechte strategische Neuausrichtung die Rohstoffsicherheit erhöhen. Und last but not least kann auch ein gemeinschaftlicher Aufbau gesellschaftsrechtlich selbständiger Beschaffungsk Kooperationen dazu beitragen, den eigenen Zugriff auf prozesskritische Rohstoffe oder Halbfabrikate sicher zu stellen.

[Dr. Klaus-Dieter Buschmeyer, Berater]

Steuern**Einführung der elektronischen Bilanz um ein Jahr verschoben**

Für das Wirtschaftsjahr 2011 hatte die Finanzverwaltung eigentlich die Einführung der *elektronischen Bilanz* beschlossen: Damit sollten die Unternehmen verpflichtet werden, ihre Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen auf elektronischem Weg an die Finanzämter zu übermitteln. Für die Unternehmen bedeutet das eine grundlegende Umstellung ihrer Buchungssysteme sowie Schulung der entsprechenden Mitarbeiter.

Die Finanzverwaltung hat die Einführung nun um ein Jahr verschoben, weil das Einführungsschreiben, in dem die technischen Einzelheiten der elektronischen Übermittlung erläutert werden, erst kurz vor Jahresende in seiner endgültigen Fassung veröffentlicht werden wird. Die verbleibende Zeit, so die Finanzverwaltung, sei für die Unternehmen zu knapp, um die Umstellung bis dahin noch vorzunehmen [vgl. Das Aktuelle, Nr. 12, 2010].

Frist für Erstattung von Vorsteuern aus anderen EU-Staaten bis 31.3.2011 verlängert

Die Frist zur Erstattung von Vorsteuern aus anderen EU-Staaten wurde in der EU auf den 30.9. des Folgejahres festgesetzt. Aufgrund von Schwierigkeiten mit der Umstellung auf elektronische Systeme in der EU, wurde die Frist verlängert [vgl. Das Aktuelle, Nr. 12, 2010].

Steuern**Maßnahmen zur Steuerminderung zum Jahresende**

Gewinne in das folgende Jahr zu verschieben hat den Vorteil, dass sich dann Zinsvorteile bei der Steuer ergeben. Zu einer Gewinnverschiebung eignen sich z. B.:

- Die Anschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von bis zu 150,00 € macht deren volle Absetzbarkeit möglich. Bei Kosten zwischen 150 und 400 € ist dann wieder die Sofortabschreibung möglich.
- Vorziehen von Aufwendungen (z. B. Reparaturen oder Sponsoring).
- Kleinere und mittlere Betriebe können bei Anschaffung oder Herstellung für bewegliche Wirtschaftsgüter bis Jahresende eine Sonderabschreibung bis 20 Prozent beantragen. Maßgeblich sind die vorgenannten Größenmerkmale zum Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres.
- Gewinnmindernde Rückstellungen sind evtl. noch von Maßnahmen vor Jahresende abhängig, z. B. für Sozialplan, Abfindungen oder Pensionszusagen.
- Zahlungen innerhalb von 10 Tagen vor oder nach dem Jahreswechsel werden in bestimmten Fällen doch dem anderen Jahr zugerechnet, zumindest bei wiederkehrenden Zahlungen. Hierzu gehört auch die Umsatzsteuer.
- Arbeitnehmer können Arbeitsmittel bis 410 € erst mit der Anschaffung absetzen, die Zahlung ist nicht entscheidend – Arbeitsmittel über 410 € sind nur durch Abschreibung absetzbar. [vgl. Das Aktuelle, Nr. 12, 2010]

Wirtschaft**Baden-Württemberg steigt wieder bei EnBW ein**

Mit der Übernahme von 45 % ab dem Stromkonzern EnBW durch das Land Baden-Württemberg, ist der Konzern nun wieder in deutscher Hand. Für 4,67 Mrd. € kaufte die Landesregierung diesen Anteil dem Staatskonzern *Electricité de France* (EdF) ab. Laut Ministerpräsident Mappus besteht das Ziel darin, diese Anteile mittelfristig an der Börse zu platzieren und EnBW damit nach Daimler, HeidelbergerCement und SAP zum vierten DAX-Konzern in Baden-Württemberg zu machen. Abgeschlossen wurde der Kaufvertrag zwischen der Stuttgarter Neckpari GmbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft des Landes, und dem französischen Energiekonzern – allerdings steht der Kauf noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kartellbehörden. Weitere 45 % der Anteile gehören der OEW, einem Zusammenschluss schwäbischer Städte und Gemeinden.

Die Milliardeninvestition des Landes resultierte aus der Befürchtung, EnBW könne in Gänze von der EdF übernommen werden. Denn 2011 wäre eine Vereinbarung ausgelaufen, die der OEW ein Mitspracherecht bei möglichen Anteilsvergrößerungen durch EdF eingeräumt hätte. Sichergestellt wurde die Finanzierung der 112,5 Mio. Aktionen zu einem Kaufpreis von je 41,50 € durch eine Anleihe.

[vgl. Corporate Finance Fachportal, Nr. 8, S. 12, 2010]